

No. 37686

**Germany
and
El Salvador**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of El Salvador on the promotion and reciprocal protection of capital investments. Bonn, 11 December 1997

Entry into force: *15 April 2001, in accordance with article 11*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 15 August 2001*

**Allemagne
et
El Salvador**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'El Salvador relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements. Bonn, 11 décembre 1997

Entrée en vigueur : *15 avril 2001, conformément à l'article 11*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 15 août 2001*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik El Salvador
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik El Salvador -**

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Wohl beider Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen und zu erhalten,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der Schutz derartiger Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Staaten zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie alle sonstigen dinglichen Rechte, wie Dienstbarkeiten, Hypotheken, Nießbrauch- und Pfandrechte,
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften,
- c) Ansprüche aus Darlehen, die verwendet wurden, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben,
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Waren- und Handelsmarken, Handelsnamen, gewerbliche Muster und Modelle, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Know-how, Firmennamen und Goodwill,
- e) durch Gesetz oder öffentlich-rechtlichen Vertrag verliehene Konzessionen, einschließlich von Konzessionen zur Aufsuchung, Bewirtschaftung, Gewinnung oder Ausbeutung von Rohstoffen,

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“:
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
 - (i) Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - (ii) alle juristischen Personen sowie alle Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
 - b) in bezug auf die Republik El Salvador:
 - (i) alle natürlichen Personen, die gemäß ihrer Rechtsordnung als Staatsangehörige gelten,
 - (ii) juristische Personen, einschließlich Gesellschaften, Anstalten und Verbänden, Handelsvereinigungen oder jeder anderen gemäß den Rechtsvorschriften der Republik El Salvador ordnungsgemäß errichteten oder in sonstiger Weise verfaßten Rechtsperson, die ihren Sitz und ihre wirtschaftliche Betätigung in ihrem Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in bezug auf jeden Vertragsstaat das seiner Souveränität unterstellte Gebiet sowie die Meeresgebiete, in denen das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen gestattet.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Kapitalanlagen

- (1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats zulassen und diese nach Möglichkeit fördern.
- (2) Jeder Vertragsstaat wird innerhalb seines Hoheitsgebiets die im Einklang mit seiner Rechtsordnung getätigten Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats schützen und die Veräußerung, den Gebrauch, die Nutzung, die Erweiterung, die Veräußerung und die Liquidation einer Kapitalanlage nicht durch ungerechtfertigte oder willkürliche Maßnahmen beeinträchtigen. Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- (3) Jeder Vertragsstaat wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

- (1) Jeder Vertragsstaat behandelt in seinem Hoheitsgebiet befindliche Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.
- (2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich der Betätigungen, die sie in seinem Hoheitsgebiet im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen ausüben, nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.
- (3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(5) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(6) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

(7) Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne dieses Artikels ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlichen Auswirkungen. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne dieses Artikels.

(8) Dieser Artikel verpflichtet einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.

(9) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der gemäß den jeweiligen Rechtsordnungen nötigen Erlaubnisse zur Arbeitsausübung werden wohlwollend geprüft.

(10) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats, vorbehaltlich der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden internationalen Übereinkünfte, weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Artikel 4

Schutz des Eigentums

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum Nutzen oder zum Wohl der Allgemeinheit und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder direkt oder indirekt anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen.

(3) Die Entschädigung muß dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist ab

dem Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen, bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(4) Die Investoren des einen Vertragsstaats, deren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindliche Kapitalanlagen durch Krieg oder sonstigen bewaffneten Konflikt, nationalen Notstand, zivile Unruhen und ähnliche im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats stattfindende Ereignisse Schaden erleiden, müssen von letzterem in bezug auf Schadenersatz, Entschädigung oder eine andere Schadensregelung nicht weniger günstig behandelt werden als seine eigenen Investoren oder die aus einem dritten Staat. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

Transferierungen

(1) Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet eine Kapitalanlage getätigt wurde, garantiert den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit der Kapitalanlage stehenden Zahlungen. Diese Transfers umfassen insbesondere:

- a) das Kapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage,
- b) die Erträge,
- c) aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation der Kapitalanlage erzielte Erlöse,
- d) Zahlungen zur Tilgung eines Darlehens, und
- e) die in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absätzen 3 und 4, Artikeln 5 und 6 erfolgen unverzüglich in frei konvertibler Währung zu dem am Transferstag gültigen Marktkurs. Als unverzüglich durchgeführt gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(3) Liegt kein Devisenmarkt vor, so gilt der Kurs, der sich aus dem Verhältnis der Umrechnungskurse ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der Währungen der Vertragsstaaten in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Eintritt in Rechte

(1) Leistet ein Vertragsstaat hinsichtlich einer Kapitalanlage, die ein Investor im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats getätigt hat, Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für nicht-kommerzielle Risiken, so anerkennt letzterer Vertragsstaat den Eintritt des ersteren in die Rechte oder Ansprüche des Investors. Ferner anerkennt der andere Vertragsstaat, daß der erstere die übertragenen Rechte und Ansprüche in demselben Umfang ausüben berechtigt ist wie sein Rechtsvorgänger, unbeschadet der in Artikel 8 dieses Vertrags genannten Rechte des ersteren Vertragsstaats.

(2) Für den Transfer dieser Zahlungen gelten die Artikel 4 Absätze 3 und 4 sowie Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Bestehende Kapitalanlagen

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit dessen Rechtsvorschriften schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Dieser Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 8

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch Gespräche oder Verhandlungen freundschaftlich beigelegt werden.

(2) Falls innerhalb von sechs Monaten ab Notifizierung der Meinungsverschiedenheit keine Verständigung erzielt wird, kann jeder Vertragsstaat gemäß den Bestimmungen dieses Artikels die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, besteht aus drei Mitgliedern und setzt sich wie folgt zusammen: Innerhalb von zwei Monaten ab Notifizierung des Verlangens auf ein Schiedsverfahren bestellt jeder Vertragsstaat ein Mitglied. Diese beiden Mitglieder einigen sich innerhalb von dreißig Tagen ab der Bestellung des letzten Mitglieds auf ein weiteres Mitglied, das Angehöriger eines dritten Staates sein muß, als Obmann des Schiedsgerichts.

(4) Falls eine Ernennung innerhalb der in Absatz 3 genannten Fristen nicht erfolgt, so kann jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die Ernennung vorzunehmen. Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofs Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er an der Ausübung dieser Funktion verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennung vornehmen; wenn dieser Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist oder verhindert ist, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist, die Ernennung vornehmen.

(5) Der Obmann des Schiedsgerichts muß Staatsangehöriger eines Staates sein, zu dem beide Vertragsstaaten diplomatische Beziehungen unterhalten.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsstaaten abschließend und bindend.

(7) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung im Schiedsverfahren selbst. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von ihnen zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 9

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Investor des anderen Vertragsstaats

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem Vertragsstaat und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwi-

schen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) unterworfen, sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung über das anzurufende Schiedsgericht treffen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 10

Fortgeltung des Vertrags

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 11

Schlußbestimmungen

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 11. Dezember 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Kinkel

Für die Republik El Salvador
Por la República de El Salvador
Gonzalez Gliner

[SPANISH TEXT --- TEXTE ESPAGNOL]

**Tratado
entre la República Federal de Alemania
y la República de El Salvador
sobre fomento y recíproca protección de inversiones de capital**

La República Federal de Alemania

y

la República de El Salvador,

con el deseo de intensificar la cooperación económica en beneficio mutuo de ambos Estados,

con la intención de crear y de mantener condiciones favorables a las inversiones de capital de inversionistas de un Estado Parte en el territorio del otro Estado Parte,

reconociendo la conveniencia de promover y proteger tales inversiones con miras a estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos Estados,

han acordado lo siguiente:

Artículo 1

Definiciones

Para los efectos del presente Tratado:

1. el término "inversión de capital" (en adelante: "inversión") designa toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles, así como todos los demás derechos reales, tales como servidumbres, hipotecas, usufructos y prendas,
 - b) derechos de participación en sociedades y otros tipos de participaciones en sociedades,
 - c) derechos de préstamos destinados a crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico,
 - d) derechos de propiedad intelectual, en especial derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, procesos técnicos, marcas de fábrica y marcas comerciales, nombres comerciales, diseños y modelos industriales, secretos industriales y comerciales, know-how, razón social y derecho de llave,
 - e) concesiones otorgadas por la ley o en virtud de un contrato de derecho público, incluidas concesiones para explorar, cultivar, extraer o explotar recursos naturales,

las modificaciones en la forma de inversión de los bienes no afectan a su carácter de inversión;

2. el término "rentas" designa aquellas cantidades que proceden de una inversión por un período determinado, como participaciones en las utilidades, dividendos, intereses, derechos de licencias u otras remuneraciones;
3. el término "inversionista" designa:
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania:
 - (i) los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,
 - (ii) todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio de la República Federal de Alemania, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;
 - b) con referencia a la República de El Salvador:
 - (i) todas las personas naturales que, de acuerdo con su legislación, son consideradas nacionales,
 - (ii) las personas jurídicas, incluyendo sociedades, corporaciones, asociaciones comerciales o cualquier otra entidad con personalidad jurídica constituida o debidamente organizada de otra manera según la legislación de la República de El Salvador, que tenga su sede, así como sus actividades económicas, en su territorio, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;
4. el término "territorio" designa, con respecto a cada uno de los Estados Parte, el territorio bajo su soberanía, así como las zonas marítimas sobre las que un Estado Parte ejerce derechos soberanos o jurisdicción de conformidad con el derecho internacional.

Artículo 2

Promoción y Protección de las Inversiones

1. Cada Estado Parte, conforme con su legislación interna, permitirá en su territorio inversiones de inversionistas del otro Estado Parte, promoviéndolas en lo posible.
2. Cada Estado Parte protegerá dentro de su territorio las inversiones efectuadas de conformidad con sus disposiciones legales por los inversionistas del otro Estado Parte y no obstaculizará la administración, uso, usufructo, extensión, venta y liquidación de dichas inversiones mediante medidas injustificadas o discriminatorias. Las rentas de una inversión, y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
3. En todo caso, cada Estado Parte tratará las inversiones justa y equitativamente.

Artículo 3

Tratamiento de las Inversiones

1. Ninguno de los Estados Parte someterá en su territorio las inversiones que sean propiedad o estén bajo el control de inversionistas del otro Estado Parte, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios inversionistas o a las inversiones de inversionistas de terceros Estados.
2. Ninguno de los Estados Parte someterá en su territorio a los inversionistas del otro Estado Parte, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con sus inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios inversionistas o a los inversionistas de terceros Estados.
3. Dicho trato no se refiere a los privilegios que uno de los Estados Parte conceda a los inversionistas de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio, o a causa de su asociación con tales agrupaciones.

4. El trato acordado por el presente artículo no se refiere a las ventajas que uno de los Estados Parte conceda a los inversionistas de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos sobre asuntos tributarios.

5. Si de las disposiciones legales de un Estado Parte, o de obligaciones emanadas del derecho internacional al margen del presente Tratado, actuales o futuras, entre los Estados Parte resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los inversionistas del otro Estado Parte un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

6. Cada Estado Parte cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de inversionistas del otro Estado Parte en su territorio.

7. Se considerará especialmente como trato menos favorable en el sentido del presente artículo: el trato desigual en caso de limitaciones en la adquisición de materias primas y auxiliares, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de todas clases, el trato desigual en caso de obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. No se considerarán como trato menos favorable en el sentido del presente artículo las medidas que se tomen por razones de seguridad y orden público, sanidad pública o moralidad.

8. Las disposiciones del presente artículo no obligan a un Estado Parte a extender a los inversionistas residentes en el territorio del otro Estado Parte las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que según las leyes tributarias sólo se conceden a los inversionistas residentes en su territorio.

9. Los Estados Parte, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán de la manera más favorable posible las solicitudes de inmigración y residencia de personas de uno de los Estados Parte que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio del otro Estado Parte; la misma norma regirá para los asalariados de un Estado Parte que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio del otro Estado Parte para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán de la manera más favorable posible las solicitudes para obtener los permisos necesarios conforme a las respectivas legislaciones para ejercer el trabajo.

10. Respecto a los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones, ninguno de los Estados Parte excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte del otro Estado Parte, y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes, condicionados a las normas de los acuerdos internacionales vigentes entre los Estados Parte.

Artículo 4

Protección de la Propiedad

1. Las inversiones de inversionistas de uno de los Estados Parte gozarán de plena protección y seguridad en el territorio del otro Estado Parte.

2. Las inversiones de inversionistas de uno de los Estados Parte no podrán, en el territorio del otro Estado Parte, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas directa o indirectamente a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, más que por causas de utilidad pública o interés social, y deberán en tal caso ser indemnizadas.

3. La indemnización deberá corresponder al valor de mercado de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equiparable. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses a partir de la fecha de

la expropiación, nacionalización o medida equiparable hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado debidamente disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable y la cuantía de la indemnización deberán ser comprobables en procedimiento judicial.

4. Los inversionistas de un Estado Parte cuyas inversiones en el territorio del otro Estado Parte sufrieren pérdidas debido a una guerra o cualquier otro conflicto armado, a un estado de emergencia nacional, disturbios civiles y otros acontecimientos similares en el territorio del otro Estado Parte, deberán recibir de este último, en lo que respecta a reparación, indemnización u otro arreglo, un tratamiento no menos favorable que el que concede el otro Estado Parte a los inversionistas nacionales o de cualquier tercer Estado. Estas cantidades deberán ser libremente transferibles.

Artículo 5

Transferencias

1. El Estado Parte en cuyo territorio se hayan efectuado inversiones, garantizará a los inversionistas del otro Estado Parte la libre transferencia de los pagos relacionados con esas inversiones. Dichas transferencias comprenden en especial:

- a) el capital y las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión,
- b) las rentas,
- c) productos derivados de la venta o liquidación total o parcial de la inversión,
- d) amortizaciones conforme a un contrato de préstamo, y
- e) las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

2. Las transferencias conforme al artículo 4, párrafos 3 y 4, artículo 5 y artículo 6, se realizarán sin demora en divisa de libre convertibilidad al tipo de cambio de mercado vigente en la fecha de la transferencia. Una transferencia se considera realizada sin demora cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud.

3. En caso de que no exista un mercado de divisas, se utilizará la cotización resultante de la relación entre los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha del pago cambiara las monedas de los Estados Parte en derechos especiales de giro.

Artículo 6

Subrogación

1. Si un Estado Parte efectúa, con respecto a una inversión realizada por un inversionista en el territorio del otro Estado Parte, pagos en virtud de una garantía contra riesgos no comerciales, el otro Estado Parte reconocerá el traspaso de todos los derechos de este inversionista al primer Estado Parte. Además, el otro Estado Parte reconocerá que el primer Estado Parte estará autorizado a ejercer en la misma medida que el titular anterior todos los derechos transferidos, sin perjuicio de los derechos del primer Estado Parte establecidos en el artículo 8 del presente Tratado.

2. Para la transferencia de estos pagos regirán mutatis mutandis el artículo 4, párrafos 3 y 4, así como el artículo 5.

Artículo 7

Inversiones existentes

Este Tratado se aplicará también a las inversiones efectuadas por los inversionistas de un Estado Parte en el territorio del otro Estado Parte de conformidad con sus disposiciones legales antes de la entrada en vigor del presente Tratado. No obstante, este Tratado no se aplicará a controversias surgidas antes de su entrada en vigor.

Artículo 8

Solución de Divergencias entre los Estados Parte

1. Las divergencias que surgieran entre los Estados Parte relativas a la interpretación y aplicación del presente Tratado deberán ser resueltas, en la medida de lo posible, por medio de consultas o negociaciones amistosas.

2. Si no se llegara a un entendimiento en el plazo de seis meses a partir de la fecha de notificación de la divergencia, cualquiera de los Estados Parte podrá someter la divergencia a un Tribunal Arbitral conforme a las disposiciones de este artículo.

3. El Tribunal Arbitral será constituido ad hoc, estará compuesto de tres miembros y será conformado de la siguiente manera: Dentro del plazo de dos meses contados desde la fecha de notificación de la solicitud de arbitraje, cada Estado Parte designará un árbitro. Estos dos árbitros elegirán, dentro de un plazo de treinta días contados desde la designación del último de ellos, a otro miembro como presidente del Tribunal Arbitral, quien deberá ser nacional de un tercer Estado.

4. Si dentro de los plazos establecidos en el párrafo 3 de este artículo no se ha efectuado la designación, cualquiera de los Estados Parte podrá solicitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que haga la designación. Si el Presidente de la Corte Internacional de Justicia fuere nacional de uno de los Estados Parte o si estuviese impedido de desempeñar dicha función, la designación deberá ser hecha por el Vicepresidente; si este último fuere nacional de uno de los Estados Parte o se encontrara impedido de hacerlo, la designación deberá ser realizada por el Juez de la Corte que le siguiera inmediatamente en jerarquía y que no fuere nacional de uno de los Estados Parte.

5. El Presidente del Tribunal Arbitral deberá ser nacional de un Estado con el cual ambos Estados Parte mantengan relaciones diplomáticas.

6. El Tribunal Arbitral decidirá por mayoría de votos. Sus decisiones serán definitivas y obligatorias para ambos Estados Parte.

7. Cada uno de los Estados Parte sufragará los gastos del árbitro respectivo, así como los relativos a su representación en el proceso arbitral. Los gastos del Presidente y las demás costas del proceso serán solventados en partes iguales. El Tribunal Arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos.

Artículo 9

Solución de Divergencias entre un Estado Parte y un inversionista del otro Estado Parte

1. Las divergencias que surgieren entre uno de los Estados Parte y un inversionista del otro Estado Parte en relación con las inversiones deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en litigio.

2. Si una divergencia no pudiere ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en litigio la haya hecho valer, será sometida, a petición del inversionista del otro Estado Parte, a un procedimiento arbitral conforme al Convenio sobre arreglo de diferencias relativas a inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados (CIADI) de

18 de marzo de 1965, a menos que las partes en litigio lleguen a otro arreglo en cuanto al tribunal arbitral recurrible.

3. El laudo arbitral será obligatorio y no podrá ser objeto de otros recursos o demás acciones legales que los previstos en el mencionado Convenio. Se ejecutará con arreglo al derecho interno.

4. El Estado Parte implicado en el litigio no alegará durante un procedimiento arbitral o la ejecución de un laudo arbitral el hecho de que el inversionista del otro Estado Parte haya recibido una indemnización resultante de un seguro por una parte del daño o por el daño total.

Artículo 10

Continuidad de la Vigencia

El presente Tratado regirá independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre los Estados Parte.

Artículo 11

Disposiciones Finales

1. El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible.

2. El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por uno de los Estados Parte doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

3. Para inversiones realizadas hasta el momento de expiración del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 10 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

Hecho en Bonn el 11 de diciembre de 1997 en dos ejemplares, en idioma alemán y castellano, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Kinkel

Für die Republik El Salvador
Por la República de El Salvador
Gonzalez Gliner

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
REPUBLIC OF EL SALVADOR ON THE PROMOTION AND RECIPROCAL
PROTECTION OF CAPITAL INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of El Salvador,
Desiring to intensify economic cooperation for the mutual benefit of the two States,
Intending to create and maintain favourable conditions for capital investments by investors of either State in the territory of the other State,
Recognizing that the promotion and protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,
Have agreed as follows:

Article 1. Definitions

For the purposes of this Treaty:

1. The term "capital investment" (hereinafter "investment") means every kind of asset, particularly the following:

(a) Movable and immovable property, and all other rights in rem, such as servitudes, mortgages, usufructs, liens and pledges;

(b) Shares in companies and other kinds of interest in companies;

(c) Claims to loans intended to create an economic value or claims to benefits having an economic value;

(d) Intellectual-property rights, particularly copyrights, patents, utility models, technical processes, manufacturing marks and trademarks, trade names, industrial designs and models, trade and business secrets, know-how, company names and goodwill;

(e) Business concessions conferred by law or by virtue of a contract under public law, including concessions to prospect for, cultivate, extract or exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investments.

2. The term "returns" means amounts yielded by an investment over a definite period, such as shares of profits, dividends, interest, licence fees or other income.

3. The term "investors" means:

(a) As regards the Federal Republic of Germany:

(i) Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(ii) Any legal entity, as well as any commercial or other company or association with or without a legal personality and having its seat in the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are for profit;

(b) As regards the Republic of El Salvador:

(i) Any natural person who is considered a national of that country under its legislation;

(ii) Legal entities, including companies, corporations, commercial associations, or other entities with a legal personality or duly organized in another manner in accordance with the legislation of the Republic of El Salvador, which have their seat and conduct their economic activities in the territory of that country, irrespective of whether or not their activities are for profit.

4. The term "territory" means, in respect of each Contracting State, the territory under its sovereignty as well as its maritime zones over which the Contracting State exercises, in conformity with international law, sovereign rights or jurisdiction.

Article 2. Promotion and protection of investments

1. Each Contracting State shall, in accordance with its legislation, permit in its territory investments by investors of the other Contracting State and promote such investments to the extent possible.

2. Each Contracting State shall protect investments made in its territory and in accordance with its laws by investors of the other Contracting State and shall not impair by unreasonable or discriminatory measures the management, use, usufruct, expansion, sale or liquidation of these investments. Returns on an investment and, in the event of reinvestment of these returns, the returns on the reinvestment shall enjoy the same protection as the initial investment.

3. Each Contracting State shall in any case accord to such investments fair and equitable treatment.

Article 3. Treatment of investments

1. Neither Contracting State shall, in its territory, accord to investments owned or controlled by investors of the other Contracting State treatment less favourable than that which it accords to investments of its own investors or investors of a third State.

2. Neither Contracting State shall, in its territory, accord to investors of the other Contracting State, in respect of activities that they carry out in connection with their investments, treatment less favourable than that which it accords to its own investors or investors of a third State.

3. This treatment shall not relate to privileges that either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free-trade area.

4. The treatment accorded under this article shall not relate to advantages that either Contracting State accords to investors of third States by virtue of a double-taxation agreement or other tax agreements.

5. If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this

Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

6. Each Contracting State shall observe any other obligation that it may have entered into with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

7. Less favourable treatment under this article shall include, in particular: unequal treatment by restricting the purchase of raw and auxiliary materials, energy and fuel, as well as means of production and operation of any kind; unequal treatment by impeding the marketing of products within or outside the country; and any other measure having similar effects. Measures taken for reasons of security and public policy, public health or morality shall not constitute less favourable treatment under this article.

8. The provisions of this article shall not obligate a Contracting State to extend tax privileges, exemptions and relief which, under the tax laws, are accorded only to investors established in its territory to investors established in the territory of the other Contracting State.

9. The Contracting States shall, under their national legislation, consider in the most favourable manner possible applications for the entry and stay of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment. The same shall apply to nationals of either Contracting State who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting State and stay there in order to take up employment. Applications for work permits shall also be considered in the most favourable manner possible in accordance with each Contracting State's legislation.

10. As regards the transport of goods and persons connected with an investment, neither of the Contracting States shall exclude or hinder the transport companies of the other Contracting State and shall issue permits as required for such transport, in conformity with the international agreements in force between the Contracting States.

Article 4. Protection of property

1. Investments made by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

2. Investments made by investors of either Contracting State shall not be expropriated, nationalized or subjected directly or indirectly to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization, in the territory of the other Contracting State, except for reasons of public interest or benefit and against compensation.

3. Compensation shall be equivalent to the market value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or impending expropriation, nationalization or comparable measure was publicly announced. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest from the date of the expropriation, nationalization or comparable measure until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at, or prior to, the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the deter-

mination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

4. Investors of either Contracting State whose investments in the territory of the other Contracting State suffer losses owing to war or other armed conflict, a state of national emergency, civil unrest or similar occurrences shall be accorded by such other Contracting State treatment no less favourable than that which it accords to its own investors as regards restitution, indemnification or other compensation for damages. Such payments shall be freely transferable.

Article 5. Transfer of payments

1. A Contracting State in whose territory investments have been made shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with such investments. These transfers shall include in particular:

- (a) The principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) The returns;
- (c) The proceeds from the total or partial sale or liquidation of the investment;
- (d) The repayments under a loan agreement;
- (e) The compensation provided for in article 4.

2. Transfers under article 4, paragraphs 3 and 4, and articles 5 and 6 shall be made in a freely convertible currency without delay at the market exchange rate in effect on the date of transfer. A transfer shall be deemed to have been made without delay effected within the period normally required for the completion of transfer formalities. That period, which may in no case exceed two months, shall begin at the time of delivery of the relevant application.

3. If there is no foreign-exchange market, use shall be made of the rate resulting from the ratio between the exchange rates which the International Monetary Fund would apply if, at the time of payment, the currencies of the Contracting States were converted into special drawing rights.

Article 6. Subrogation

1. If either Contracting State makes, in respect of an investment by an investor in the territory of the other Contracting State, payments under a guarantee against non-commercial risks, the latter Contracting State shall recognize the assignment of any right or claim of that investor to the former Contracting State. In addition, the latter Contracting State shall recognize that the former Contracting State is authorized to exercise in the same manner as its predecessor in title all the rights transferred, without prejudice to the rights of the former Contracting State established under article 8 of this Treaty.

2. As regards the transfer of such payments, article 4, paragraphs 3 and 4, as well as article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7. Prior investments

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting State in the territory of the other Contracting State in accordance with the latter's legislation. This Treaty shall not, however, apply to disputes which arose prior to its entry into force.

Article 8. Settlement of disputes between the Contracting States

1. Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should, as far as possible, be settled amicably by means of consultations or negotiations.

2. If a dispute cannot be settled within a period of six months after the date of notification of the dispute, either Contracting State may submit it to an arbitral tribunal under the provisions of this article.

3. The Arbitral Tribunal shall be established on an ad hoc basis. It shall consist of three members and shall be constituted in the following way: within a period of two months after the date of notification of the request for arbitration, each Contracting State shall appoint one member. Within a period of 30 days after the date of the appointment of the second member, these two members shall select a third member, who must be a national of a third State, to chair the Tribunal.

4. If, within the periods specified in paragraph 3 of this article, the necessary appointments have not been made, either Contracting State may invite the President of the International Court of Justice to make the appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of one of the Contracting States or is otherwise prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is a national of one of the Contracting States or is otherwise prevented from discharging the function, the appointments shall be made by the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State.

5. The chairman of the Arbitral Tribunal must be a national of a State with which both Contracting Parties maintain diplomatic relations.

6. The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be final and binding on both Contracting States.

7. Each Contracting State shall bear the costs of its own member and of its representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The Arbitral Tribunal may make a different ruling concerning costs.

Article 9. Settlement of disputes between a Contracting State and an investor of the other Contracting State

1. Disputes between a Contracting State and an investor of the other Contracting State relating to investment shall, as far as possible, be settled amicably by the parties to the dispute.

2. If a dispute cannot be settled within six months after the date on which one of the parties to the dispute gave notice thereof, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted to arbitral proceedings under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, unless the parties to the dispute agree to bring the case before a different arbitral tribunal.

3. The arbitral award shall be binding and may not be the subject of further recourse or legal proceedings other than those provided for in that Convention. It shall be executed in accordance with national law.

4. During the arbitral proceedings or the execution of an arbitral award, the Contracting State involved in the dispute shall not invoke the fact that the investor of the other Contracting State has received insurance compensation for all or part of the damage.

Article 10. Continued applicability

This Treaty shall apply regardless of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 11. Final provisions

1. This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall continue to apply thereafter for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State 12 months before its expiration. After 10 years, the Treaty may be denounced at any time, subject to 12 months' notice.

3. In respect of investments made prior to the expiration of this Treaty, the provisions of articles I to I0 shall remain in force for a further period of 15 years after the date of expiration of the Treaty.

DONE at Bonn on 11 December 1997 in two copies, each in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KINKEL

For the Republic of El Salvador:

GONZÁLEZ GINER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE D'EL SALVADOR RELATIF À LA PROMOTION ET À LA
PROTECTION RÉCIPROQUES DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République d'El Salvador,
Animées du désir d'intensifier la collaboration économique à l'avantage mutuel des
deux États,

Entendant créer et maintenir des conditions favorables aux investissements des inves-
tisseurs de l'un des États Parties dans le territoire de l'autre État Partie,

Reconnaissant qu'il convient de promouvoir et de protéger ces investissements en vue
de stimuler l'initiative économique privée et d'accroître la prospérité des deux États,

Conviennent comme suit :

Article premier - Définitions

Aux fins du présent Traité :

1. Le terme " investissement " s'entend de tous types d'actifs, notamment :

a) La propriété de biens meubles et immeubles et de tous autres droits réels ou person-
nels qui y sont attachés, tels que servitudes, hypothèques, usufruits, gages et nantissemets;

b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans
des sociétés;

c) Les droits attachés à des prêts réalisés afin de créer une valeur économique ou à des
prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle et industrielle, tels que droits d'auteur, brevets,
modèles d'utilité, procédés techniques, marques de fabrique, marques de commerce, dé-
nominations commerciales, dessins et modèles industriels, secrets industriels et commer-
ciaux, techniques opératoires (know-how), raisons sociales et fonds de commerce;

e) Les droits découlant de concessions accordées par la loi ou en vertu d'un contrat de
droit public, y compris les concessions pour la prospection, la culture, l'extraction ou l'ex-
ploitation de ressources naturelles.

Les modifications de la forme d'investissement des actifs n'affectent pas leur qualifi-
cation d'investissement.

2. Le terme " revenus " s'entend des montants découlant d'un investissement pendant
une période déterminée, tels que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, rede-
vances ou autres rémunérations.

3. Le terme " investisseur " s'entend :

a) S'agissant de la République fédérale d'Allemagne :

i) des Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Alle-
magne;

ii) de toute personne morale, ainsi que de toute société de commerce et autre société ou association, dotée ou non de personnalité morale et ayant son siège dans le territoire de la République fédérale d'Allemagne, que ses activités aient ou non un but lucratif;

b) S'agissant de la République d'El Salvador :

i) de toute personne physique qui est considérée comme un national aux termes de la législation salvadorienne;

ii) de toute personne morale, y compris une société, une compagnie, une association commerciale ou toute autre entité dotée de personnalité morale, constituée ou dûment organisée d'autre manière aux termes de la législation de la République d'El Salvador, qui a son siège et mène ses activités économiques en territoire salvadorien, que ses activités aient ou non un but lucratif.

4. Le terme " territoire " s'entend du territoire sur lequel chacun des États Parties exerce sa souveraineté, ainsi que des zones maritimes sur lesquelles il exerce des droits souverains ou sa compétence en conformité avec le droit international.

Article 2 - Promotion et protection des investissements

1. En conformité avec sa législation interne, chaque État Partie autorise les investisseurs de l'autre État Partie à réaliser des investissements dans son territoire et encourage ces investissements dans la mesure du possible.

2. Chaque État Partie protège dans son territoire les investissements effectués en conformité avec ses dispositions juridiques par les investisseurs de l'autre État Partie et n'entrave en aucun cas, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, la gestion, l'emploi, l'usufruit, l'expansion, la cession et la liquidation de ces investissements. Les revenus des investissements, ainsi que des sommes réinvesties, jouissent de la même protection que l'investissement proprement dit.

3. Chaque État Partie accorde en tout cas un traitement juste et équitable aux investissements.

Article 3 - Traitement des investissements

1. Aucun des États Parties ne soumet dans son territoire les investissements détenus ou contrôlés par des investisseurs de l'autre État Partie à un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux investissements de ses propres investisseurs ou à ceux d'investisseurs d'États tiers.

2. Aucun des États Parties ne soumet dans son territoire les investisseurs de l'autre État Partie, en ce qui concerne les activités liées à leurs investissements, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé à ses propres investisseurs ou aux investisseurs d'État tiers.

3. Ce traitement ne s'étend pas aux privilèges que l'un des États Parties accorde aux investisseurs d'États tiers du fait que ces États appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4. Le traitement dont il est question dans le présent article ne s'étend pas aux avantages que l'un des États Parties peut accorder aux investisseurs d'États tiers en application d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords relatifs à fiscalité.

5. Si la législation de l'un des États Parties ou les obligations découlant du droit international en dehors du présent Traité, qui existent actuellement ou qui pourront être établies par la suite entre les États Parties, contiennent un règlement, général ou spécifique, octroyant aux investissements des investisseurs de l'autre État Partie un traitement plus favorable que celui prévu par le présent Traité, ledit règlement l'emporte dans la mesure où il est plus favorable.

6. Chaque État Partie observe toute autre obligation qu'il souscrit en rapport avec les investissements réalisés dans son territoire par des investisseurs de l'autre État Partie.

7. Les traitements suivants sont considérés en particulier comme moins favorables au sens du présent article : traitement inégal en cas de restrictions à l'acquisition de matières premières ou de produits intermédiaires, d'énergie et de combustibles, ainsi que de moyens de production et d'exploitation de quelque nature que ce soit; traitement inégal en cas de restrictions à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger; et toutes mesures ayant des effets analogues. Ne sont pas considérés comme traitements moins favorables au sens du présent article les mesures prises pour des raisons de sûreté et d'ordre public, de santé publique ou de bonnes m urs.

8. Les dispositions du présent article n'obligent pas un État Partie à accorder aux investisseurs résidents du territoire de l'autre État Partie les avantages, exemptions et abattements fiscaux qui, aux termes des lois fiscales, sont accordés uniquement aux investisseurs résidents du territoire du premier État Partie.

9. Les États Parties examinent avec bienveillance, en conformité avec leurs dispositions législatives internes, les demandes d'immigration et de permis de séjour concernant des individus de l'un des États Parties qui souhaitent, en rapport avec un investissement, entrer dans le territoire de l'autre État Partie; il en va de même pour les salariés de l'un des États Parties qui souhaitent, en rapport avec un investissement, entrer et séjourner dans le territoire de l'autre État Partie pour y exercer leur activité salariée. De même, le traitement le plus favorable possible est accordé aux demandes visant à obtenir, en conformité avec les législations nationales respectives, les permis nécessaires à l'exercice d'une activité professionnelle.

10. S'agissant du transport des marchandises et des personnes en rapport avec les investissements, aucun des États Parties ne peut exclure les entreprises de transport de l'autre État Partie ni leur faire entrave et, si besoin, doit délivrer les autorisations nécessaires à ces transports aux conditions et selon les règles des accords internationaux en vigueur entre les États Parties.

Article 4 - Protection de la propriété

1. Les investissements des investisseurs de l'un des États Parties jouissent de la pleine protection et sécurité dans le territoire de l'autre État Partie.

2. Les investissements des investisseurs de l'un des États Parties ne peuvent, dans le territoire de l'autre État Partie, être expropriés ou nationalisés, ni faire l'objet, directement

ou indirectement, d'autres mesures analogues dans leurs effets à l'expropriation ou la nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique ou d'intérêt social, et ils doivent alors être indemnisés.

3. L'indemnité doit correspondre à la valeur marchande qu'avait l'investissement exproprié immédiatement avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou la mesure équivalente, effective ou imminente, a été publiquement connue. L'indemnité doit être acquittée sans délai et elle porte intérêt, au taux bancaire normal, à partir de la date de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente jusqu'à la date de son paiement; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions adéquates doivent être prises, au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente, pour fixer et acquitter l'indemnité. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être confirmés par une procédure judiciaire régulière.

4. Les investisseurs de l'un des États Parties dont les investissements situés dans le territoire de l'autre États Partie subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'un état d'urgence national, de troubles civils ou d'autres événements analogues dans le territoire de l'autre États Partie, doivent bénéficier de la part de cet autre États Partie, en matière de réparations, d'indemnités ou d'autres ajustement, d'un traitement non moins favorable que celui que cet autre États Partie accorde aux investisseurs qui sont ses nationaux ou des nationaux de tout État tiers. Ces montants doivent être librement transférables.

Article 5 - Transferts

1. L'État Partie dans le territoire duquel sont effectués des investissements garantit aux investisseurs de l'autre États Partie le libre transfert des paiements se rapportant à ces investissements. Ces transferts comprennent notamment :

- a) Les capitaux et les apports supplémentaires employés à l'entretien ou à l'expansion des investissements;
- b) Les revenus;
- c) Les produits résultant de la liquidation ou de la cession totale ou partielle des investissements;
- d) Les paiement d'amortissement prévus dans des contrats de prêt; et
- e) Les indemnités prévues à l'article 4.

2. Les transferts visés aux paragraphe 3 et 4 de l'article 4 ainsi qu'à l'article 5 ou à l'article 6 doivent être effectués sans délai dans une devise librement convertible, au taux de change en vigueur sur le marché à la date du transfert. Un transfert est considéré comme effectué " sans délai " dès lors qu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne peut en aucun cas excéder deux mois, court dès la présentation de la demande appropriée.

3. En l'absence d'un marché des devises, le transfert s'effectue au taux résultant du rapport entre les taux de change employés par le Fonds monétaire international pour convertir les monnaies des États Parties en droits de tirage spéciaux.

Article 6 - Subrogation

1. Si un État Partie effectue, en rapport avec un investissement réalisé par un investisseur dans le territoire de l'autre État Partie, des versements en vertu d'une garantie contre les risques non commerciaux, l'autre État Partie reconnaît la cession au premier État Partie de tous les droits dudit investisseur. En outre, cet autre État Partie reconnaît que le premier États Partie est subrogé dans tous les droits ainsi transférés et peut les exercer dans la même mesure que leur détenteur antérieur, sans préjudice des droits du premier État Partie aux termes de l'article 8 du présent Traité.

2. Les dispositions des paragraphes 3 et 4 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 s'appliquent mutatis mutandis au transfert desdits versements.

Article 7 - Investissements existants

Le présent Traité s'applique aussi aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par les investisseurs d'un État Partie dans le territoire de l'autre État Partie, en conformité avec les dispositions juridiques de cet autre État Partie. Toutefois, le présent Traité ne s'applique pas aux différends qui se sont élevés avant son entrée en vigueur.

Article 8 - Règlement des différends entre les États Parties

1. Tout différend qui pourrait s'élever entre les États Parties quant à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doit être réglé autant que possible par voie de consultations ou de négociations amiables.

2. Si le différend ne peut être ainsi réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été notifié, l'un ou l'autre des États Parties peut porter le différend devant un tribunal arbitral constitué en conformité avec les présent article.

3. Le tribunal arbitral est constitué ad hoc; il est composé de trois membres désignés comme suit : chaque État Partie désigne un arbitre dans un délai de trois mois à partir de la date à laquelle est notifié le recours arbitral. Ces deux arbitres choisissent, dans un délai de 30 jours à compter de la désignation du dernier d'entre eux, un troisième arbitre ayant la nationalité d'un État tiers, qui préside le tribunal arbitral.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés, l'un ou l'autre des États Parties peut demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président de la Cour internationale de Justice possède la nationalité de l'un ou l'autre des États Parties ou s'il est empêché, les nominations doivent être faites par le Vice-Président; si celui-ci possède la nationalité de l'un ou l'autre des États Parties ou s'il est empêché, les nominations sont faites par le juge de la Cour qui suit immédiatement dans l'ordre hiérarchique et ne possède la nationalité d'aucun des États Parties.

5. Le Président du tribunal arbitral doit posséder la nationalité d'un État avec lesquels les deux États Parties entretiennent des relations diplomatiques.

6. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont sans appel et ont force obligatoire à l'endroit des deux États Parties.

7. Chacun des États Parties prend en charge les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale. Les frais du Président du tribunal et les autres frais de procédure sont répartis à parts égales. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais.

Article 9 - Règlement des différends entre un État Partie et un investisseur de l'autre État Partie

1. Tout différend qui pourrait s'élever entre l'un des États Parties et un investisseur de l'autre État Partie en rapport avec un investissement doit, autant que possible, être réglé à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si le différend ne peut être ainsi réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une ou l'autre des parties au litige l'a fait valoir, il est soumis, à la demande de l'investisseur de l'autre État Partie, à une procédure arbitrale conforme à la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États (" Convention du CIRDI "), du 18 mars 1965, à moins que les parties au litige ne conviennent d'un autre for arbitral compétent.

3. La sentence arbitrale est exécutoire et ne peut faire l'objet d'aucun autre recours ou autre action en justice, sinon comme en dispose la Convention du CIRDI. Elle est exécutée en conformité avec le droit interne.

4. L'État Partie qui est partie au litige ne peut faire valoir, dans la procédure arbitrale ou pendant l'exécution d'une sentence arbitrale, que l'investisseur de l'autre État Partie a reçu une indemnité au titre d'une police d'assurances couvrant tout ou partie du préjudice.

Article 10 - Pérennité du présent Traité

Le présent Traité déploie ses effets nonobstant l'absence de relations diplomatiques ou consulaires entre les États Parties.

Article 11 - Dispositions finales

1. Le présent Traité est sujet à ratification; les instruments de ratification doivent être échangés dans les plus brefs délais.

2. Le présent Traité entre en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. La durée de sa validité est de dix ans et il est ensuite reconduit pour une période indéfinie, à moins qu'il ne soit dénoncé par écrit par un des États Parties 12 mois avant son expiration. Après dix ans, chaque État contractant peut dénoncer le Traité à tout moment moyennant un préavis de 12 mois.

3. S'agissant des investissements réalisés jusqu'au moment de l'expiration du présent Traité, les dispositions de l'article premier à l'article 10 restent en vigueur pendant les 15 années suivant la date de l'expiration du présent Traité.

Fait à Bonn le 11 décembre 1997, en deux exemplaires en langues allemande et castilane, les deux textes étant également authentiques.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

KINKEL

Pour la République d'El Salvador :

GONZALEZ GINER